Pressemitteilung Offene Linke Ansbach e.V.

Ansbach, 12.05.09

Offene Linke begrüßt Teilnahme Ansbachs an kommunaler Stadtwerke-Allianz:

Schritt in die richtige Richtung – „Stadtwerke zurück in Bürgerhand“ bleibt das Ziel

Stadt hat keine Vorkaufsrechte bei Thüga-Veräußerung – Bürgerentscheid erwogen

Die Offene Linke hat die Teilnahme Ansbachs an der interkommunalen Stadtwerke-Allianz zum Rückkauf von Thüga-Anteilen der E.ON AG begrüßt. Zwar sei dies noch bei weitem keine Behebung der kurzsichtigen Privatisierungspolitik der Ära Felber/Breitschwert, jedoch „ein Schritt in die richtige Richtung“, betonte jetzt Stadtrat Boris-André Meyer.

Die Offene Linke halte indes an ihrer zentralen programmatischen Forderung nach einer Rückgewinnung der privatisierten Anteile der Stadtwerke fest: „Stadtwerke zurück in Bürgerhand“, laute das Credo. Die Grundversorgung der Bevölkerung gehöre in die Hand der Allgemeinheit und dürfe nicht von Profit-Interessen dominiert werden. Zahlreiche Kommunen hätten bereits den Weg der Rekommunalisierung beschritten, stets mit einem mittel- und langfristigen Wohlfahrtsgewinn des Gemeinwesens, und damit der Bürgerinnen und Bürger. Ein regionales Beispiel für diesen Weg ist etwa die Stadt Dinkelsbühl.

Die von der SPD aufgeworfene Frage, ob die Stadt Vorkaufsrechte bei Veräußerung der Thüga durch E.ON habe, ist im November 2008 bereits auf Anfrage der Offenen Linken (damit ist auch OB Seidel seitdem über den geplanten Thüga-Verkauf informiert) beantwortet worden: Die Stadt hat sich dieses Recht im Gegensatz zu zahlreichen anderen Kommunen nicht zusichern lassen.
Dieses Versäumnis sei ein „weiterer schwerer Fehler zu Lasten der Ansbacher Zukunft“ gewesen, so Meyer. Ein Rückkauf zum jetzigen Zeitpunkt hätte Perspektiven für zukünftige Investitionen, etwa in den ÖPNV, bedeutet, da die Gewinnabführungen der Stadtwerke an die Thüga den damaligen Kaufpreis der 40%igen Anteile binnen acht Jahren amortisiert, also ausgeglichen habe. Gleichzeitig habe die frühere Stadtspitze den Verkaufserlös in Höhe von 13,9 Millionen Euro in kürzester Zeit für fragwürdige Prestigeprojekte, wie etwa die Süd-Ost-Tangente, verschleudert. Dieses Geld fehle nun der Stadt für dringende Maßnahmen im Nahverkehr oder im Tiefbau schmerzlich.

Wie auf überregionaler oder nationaler Ebene sei die Privatisierungspolitik auch in Ansbach „auf ganzer Linie gescheitert“, fasste die Offene Linke zusammen. Dass in Ansbach zudem bei der Vertragsgestaltung offenbar „geschludert“ worden sei, sei eine schwere Hypothek. Man hoffe, dass Ansbach in der kommunalen Stadtwerke-Allianz die Interessen der Energieverbraucher und der öffentlichen Daseinsfürsorge stärken werde, wenngleich dieser Beitritt nur der Beginn einer breiten Diskussion über die Zukunft der „Stadtwerke in Bürgerhand“ sein könne.

Die Offene Linke wird den nun eingeschlagenen Weg zwar unterstützen, behält sich die Möglichkeit eines Bürgerentscheids zur Durchsetzung der Rückkauf-Forderung der privatisierten Anteile der Ansbacher Stadtwerke jedoch vor.

gez. Boris-André Meyer